

## **KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 16. September 2024  
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

### **A 128 Anfrage Wedekind Claudia und Mit. über Schulabsentismus im Kanton Luzern / Bildungs- und Kulturdepartement**

Claudia Wedekind ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Claudia Wedekind: Die Antworten des Regierungsrates sind ernüchternd. Ich gebe dazu einen kleinen Einblick, Ausblick und Weitblick. Ein Einblick in die Antworten: Der Antwort sind zwei Zahlen zu entnehmen: Anzahl Schulkinder 42 917, Anzahl bekannter Fälle, die unter Schulabsentismus fallen 142. Den einen erscheint die Zahl 142 klein, den anderen zu gross, je nachdem, aus welcher Perspektive man sie betrachtet. Wenn ich die Auswirkungen sehe, die Schulabsentismus haben können, ist es im Grossen und Ganzen eine zu hohe Zahl. Ich bin überzeugt, dass es nebst den 142 Fällen eine uns unbekannte Dunkelziffer gibt, die nicht zu unterschätzen ist. Weitblick über das Ganze: Ich bin sehr froh, dass die Regierung erwähnt und bekannt macht, dass die Ursachen von Schulabsentismus sehr unterschiedlich sein können, denn oftmals kennt man einen oder zwei Fälle aus dem persönlichen Umfeld und schliesst darauf aufs Ganze. Schulabsentismus hat aber vielseitige Ursachen. Ich gehe mit der Regierung einig, dass dem Phänomen mit ebenso vielfältigen Interventionen begegnet werden muss. Eine Intervention, die mir als besonders wichtig erscheint, ist die Prävention. Eine Form der Prävention ist zum Beispiel eine gute Beziehung zwischen allen Akteuren wie auch eine optimale Früherfassung, sodass die Themen schnell an den Wurzeln gepackt werden können. Regierungsrätin Michaela Tschuor hat bei der Behandlung der Anfrage A 197 treffend gesagt, dass die Themen an den Wurzeln angegangen werden müssen, sodass wir uns nicht ständig in der Symptombekämpfung befinden. Dies gilt auch hier. Fällt ein Kind aus irgendwelchen Gründen in eine Form des Schulabsentismus, ist die Bildung direkt betroffen, aber auch die damit zusammenhängenden Gesundheits- und Sozialkomponenten wie psychische Gesundheit und soziale Befindlichkeiten. Eine optimale Zusammenarbeit der Dienststelle Volksschulbildung und der Dienststelle Soziales und Gesellschaft ist also Voraussetzung. Ausblick: Die möglichen Folgen von Schulabsentismus können langfristige Auswirkungen haben. Deshalb ist es wichtig, dass wir auf diese Gruppe von Kindern achten, auch wenn die Zahl der Betroffenen einer Minderheit entspricht oder zu klein erscheint. Insgesamt erfordert die Problematik des Schulabsentismus ein gemeinsames Engagement von Schulen, Erziehungsberechtigten sowie der Gesellschaft und der Politik, um die Ursachen zu verstehen und geeignete Massnahmen ergreifen zu können. Die Statistik zeigt klar, dass es ein Thema ist, dem wir Beachtung schenken müssen. Die Mitte-Fraktion nimmt sich dieses Themas weiterhin an.

Lisa Zanolla: Die Anfrage zum Thema Schulabsentismus im Kanton Luzern verlangt nähere Informationen über den aktuellen Stand an den Schulen. Der Regierungsrat hat daraufhin umfassende Antworten gegeben und klargestellt, dass nicht jede Abwesenheit eines Schülers auf Schulschwänzen zurückzuführen ist. Es können auch andere Faktoren wie Prüfungsangst oder Mobbing ausschlaggebend sein. Im Hinblick auf die Erfassung von Abwesenheiten zeigt es sich, dass bis zum Schuljahr 2022/2023 lediglich unentschuldigte Abwesenheiten dokumentiert wurden, ohne die zugrundeliegenden Ursachen zu erfassen. Deshalb sind detaillierte Aussagen über den Schulabsentismus nicht möglich. Im Schuljahr 2022/2023 wurde erstmals eine Abfrage beim Schulpsychologischen Dienst durchgeführt, die 142 Fälle von Schulabsentismus bei insgesamt 42 917 Lernenden erfasste. Allerdings fehlen spezifische Kriterien für die Meldung. Obwohl der Regierungsrat die Fragen in der Gesamtheit verständlich beantwortete, bleibt für die SVP-Fraktion die Frage nach den Langzeitfolgen des Schulabsentismus für Kinder offen. Für häufige unentschuldigte Abwesenheiten sind auch Massnahmen angedacht, einschliesslich Bussgeldern bis zu 4500 Franken oder eine Meldung bei der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) für Erziehungsberechtigte, die ihre Kinder ohne Genehmigung von der Schule fernhalten. Das Ziel dieser Massnahmen ist es, die Entwicklung der Kinder zu schützen und sicherzustellen, dass sie eine angemessene schulische Bildung erhalten. Für mich bleibt die Frage an die Regierung offen, ob diese Massnahmen umgesetzt werden, wenn Lernende oft unentschuldigt fehlen und keine zwingenden Gründe für das Fernbleiben vom Unterricht bekannt sind.

Ramona Gut-Rogger: Das allmorgendliche Ritual einer Lehrperson ist die Kontrolle, ob alle Kinder und Jugendlichen den Weg in die Schule gefunden haben. Die einen sind immer pünktlich, andere erscheinen verspätet, und wieder andere erscheinen gar nicht, und das aufgrund der unterschiedlichsten Gründe und Haltungen. Bei den einen liegen dem Fernbleiben psychische Gründe zugrunde, bei den anderen ist es die Überzeugung des Elternhauses, seine Kinder zu Hause zu beschulen. Die unterschiedlichen Gründe der Absenzen erfordern auch unterschiedliche Interventionsmöglichkeiten. Die Absenzen, aus welchen Gründen auch immer, nehmen seit mehreren Jahren zu. Deshalb ist ein gezielter und koordinierter Umgang damit gefragt. Nur so können Massnahmen eingeleitet werden, die greifen und das Problem eindämmen. Erstaunt hat die FDP-Fraktion deshalb zur Kenntnis genommen, dass der Kanton dabei im Blindflug unterwegs ist und in der Antwort veraltete Zahlen präsentiert. In der Antwort ist die Rede von 15 Kindern aus sieben Familien in sechs Gemeinden, die im Schuljahr 2022/2023 Homeschooling machten. Allein in zwei von uns konsultierten Gemeinden sind es im erst angelaufenen Schuljahr rund 30 Kinder, die dem Unterricht fernblieben, teilweise mit, ohne oder sogar mit einer ausstehenden Bewilligung. Dadurch wird klar, dass es zur Sicherung der Bildungsqualität aller Kinder und Jugendlichen höchste Zeit ist, den Blindflug zu beenden und ein Monitoring in allen Gemeinden zu lancieren. Nur wenn Klarheit besteht, kann auch entschieden dagegen angetreten und die Bildungsqualität aller gesichert werden.

Urban Sager: Bei Schulabsentismus handelt es sich um ein Symptom, denn Kinder und Jugendliche haben einen Grund, weshalb sie fehlen. Wir kennen diesen Grund aber in vielen Fällen nicht, das zeigt die Antwort der Regierung. Liegt der Grund bei ihnen selbst, beispielsweise aus psychischen oder anderen Gründen? Liegt der Grund bei ihren Eltern? Liegt der Grund allenfalls sogar bei der Schule selbst? Das ist durchaus auch möglich. Eine systematische Erfassung, wer weshalb dem Unterricht fernbleibt, fehlt. Das ist in dieser Thematik eine sehr grosse Problematik. Die Schule ist ein Frühwarnsystem und Schulabsentismus ein Hilferuf. Es ist ganz wichtig zu klären, von wem und weshalb der Hilferuf kommt. Die Lehrpersonen und die Schulleitung sind dabei oft die ersten, die dies

feststellen und hinschauen müssen, wenn sie denn die nötigen Kompetenzen haben. Aufgrund dieser fehlenden Systematik müssen wir von einer relativ grossen Dunkelziffer ausgehen. Ramona Gut-Rogger hat aufgezeigt, dass wir den vorliegenden Zahlen der Regierung nicht trauen können. Das ist ein Problem. Die Folgen sind gravierend, und das sagt auch die Regierung. Entsprechend muss die Schlussfolgerung aus Sicht der SP-Fraktion lauten, dass man eine systematischere Erfassung vornehmen muss. Zudem fehlt ein systematischer Umgang mit dem Schulabsentismus. Die Schulleitung ist zuständig, verfügt aber oft nicht über die fachlichen Kompetenzen in diesem Bereich. Die Schulleitungen werden oft von Bildungsfachpersonen übernommen. Entsprechend wäre eine Fallzuweisung beispielsweise an die Schulsozialarbeit besser. Diese benötigt aber einen klaren Auftrag und mehr Kompetenzen. Es geht auch um eine bessere Zusammenarbeit mit dem Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst des Kantons Luzern (KJPD) oder mit den Kinderärzten usw. Mit ist keine gute Lösung bekannt. Aber ich glaube wir haben alle festgestellt, dass Handlungsbedarf besteht und wir unbedingt gemeinsam nach einer Lösung suchen müssen. Die SP-Fraktion ist bereit mitzuhelfen, um die Problematik des Schulabsentismus und vor allem dessen Gründe dazu systematisch erfassen und konsequent angehen zu können.

Simon Howald: Das Thema Schulabsentismus ist aus Sicht der GLP-Fraktion auf jeden Fall ernst zu nehmen, um gravierende psychosoziale, gesellschaftliche sowie wirtschaftliche Folgen zu vermeiden respektive zu minimieren. Es gilt, die verschiedenen Ausprägungen zu differenzieren und unterschiedlich anzugehen. Das aktuelle Vorgehen im Kanton Luzern erscheint uns sinnvoll und zielführend. Das Merkblatt «Schulabsentismus» der Dienststelle Volksschulbildung zeigt die Handlungsempfehlung übersichtlich und verständlich auf. Es teilt die Interventionsmöglichkeiten den drei Perspektiven Kinderperspektive, familiäre Perspektive und schulische Perspektive zu. Dadurch werden die Handlungsmöglichkeiten differenziert und umfassend aufgezeigt. Ausserdem begrüsst die GLP-Fraktion, dass die Anzahl der Fälle von Schulabsentismus seit dem Schuljahr 2023/2024 erhoben wird, um die Entwicklung der Fälle aufzuzeigen. Dieser Weg soll aus unserer Sicht weitergeführt werden, damit sich das weitere Handeln auf Fakten und Statistiken abstützen kann.

Irina Studhalter: Die Grüne Fraktion teilt die Einschätzung der Anfragenden, dass Schulabsentismus ein gesellschaftliches Problem darstellt. Wir sind froh, dass diese Frage thematisiert wird. Wie der Regierungsrat in seiner Antwort betont, gibt es unterschiedliche Gründe dafür. Es ist wichtig, diese Tatsache im Hinterkopf zu behalten. Die Antwort des Regierungsrates scheint inhaltlich fundiert zu sein, abgesehen von den Fragen, die mit keinen Zahlen beantwortet werden mussten. Die Dienststelle Volksschulbildung scheint sich zwar des Problems bewusst zu sein und die Verantwortlichkeiten sind klar, aber die Mechanismen scheinen noch nicht richtig implementiert zu sein. Das wäre aber wichtig und wird von uns unterstützt. Wir begrüssen es, dass neu Zahlen erhoben und in Zukunft Vergleiche möglich sein werden. Ich gehe mit Ramona Gut-Rogger einig, dass dieser Blindflug beendet werden muss.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Wir sind uns einig, dass Schulabsentismus ein Thema ist. Das Gefühl bestätigt sich, dass der Schulabsentismus zunimmt, auch wenn wir über keine exakten Daten verfügen. Wir beginnen nun aber mit der Datenerhebung, damit wir wissen, wie sich das Phänomen entwickelt. Dass wir die Daten nicht haben, ist nicht speziell, sondern typisch. Wenn die Zuständigkeit bei den Gemeinden liegt, benötigt man diese Daten in der Regel nicht. Es ist tatsächlich eine starke Zunahme nötig, damit sich eine Datenerhebung auf kantonsebene rechtfertigt. Ich gehe mit Claudia Wedekind einig, dass es wahrscheinlich eine Dunkelziffer gibt. Diese Zahlen wollen wir erheben. Ich gehe ebenfalls mit ihr einig, dass

Prävention wichtig ist und wir eine Früherfassung benötigen. Der Vorteil dieser Anfrage ist, dass wir ein gemeinsames Verständnis erlangen und wissen, worüber wir sprechen. Insofern bin ich sehr dankbar für diese Anfrage. Wir haben aber eine Differenz. Letztlich lautet die Frage, ob die Gemeinden genügend Instrumente haben, um diesem Phänomen Herr oder Frau werden zu können. Wir sind der Meinung, dass das aktuell der Fall ist. Die Gemeinden können Bussen aussprechen, wovon sie auch Gebrauch machen. Je nach Verlauf können sie die KESB informieren, die wiederum entsprechende Verfahren einleitet. Bei der KESB gibt es keine einheitliche Praxis, das ist eine Herausforderung. Wir wollen diese Praxis vereinheitlichen. Es bleibt zwingend ein blinder Fleck zurück, denn wir können nicht einfach die Polizei aufbieten, um diese Kinder in die Schule zu holen. Das wird nie möglich sein und wäre absolut unverhältnismässig. Zuerst müssen wir den Grund des Fernbleibens erfahren, so wie es Urban Sager treffend ausgeführt hat. Die Gründe sind immer unterschiedlich. Je nach Grund müssen zielgerichtete Massnahmen eingeleitet werden. Diese Instrumente und Massnahmen haben wir, aber die Gemeinden müssen diesem Phänomen vor Ort nachgehen. Auf übergeordneter Ebene, auf Kantonsebene, sind wir für die Chancengerechtigkeit zuständig. Wir müssen bei den Gemeinden einen einheitlichen Vollzug sicherstellen. Deshalb ist es wichtig, genau hinzuschauen. Das werden wir tun, auch aufgrund dieser Anfrage, damit wir wissen, wie stark dieses Phänomen im Kanton Luzern verbreitet ist und was wir dagegen tun sollen. Ich kann Lisa Zanolla versichern, dass diese Massnahmen bei den Gemeinden umgesetzt werden, aber dies erfolgt nicht einheitlich. Es gibt Gemeinden, die sich im Gegensatz zu anderen Gemeinden mit der Erteilung von Bussen tatsächlich zurückhalten. Vielleicht ist es deshalb angezeigt, eine stärkere Vereinheitlichung zu schaffen. Aber aktuell sind wir noch weit davon entfernt, dass der Kanton diese Kompetenz übernehmen muss. Ich glaube nicht, dass wir uns wie von Ramona Gut-Rogger erklärt auf einem Blindflug befinden. Dieser Begriff ist nicht gerechtfertigt. Ein Monitoring ist nötig, und wir müssen die Daten kennen. Das Thema ist beim Bildungs- und Kulturdepartement platziert, und wir arbeiten mit den Gemeinden zusammen, die für dieses Phänomen zuständig sind. Den blinden Fleck, wenn am Schluss gar nichts mehr geht, müssen wir zwingend noch abdecken können.